NACHRICHTEN
Österreich
20. März 2025

Bundesheer plant Wehrdienst-Reform: Experten fordern längere Mobilisierung!

Experten untersuchen eine mögliche Verlängerung des Grundwehrdienstes in Österreich. Diskussion um militärische Übungen und Einsatzbereitschaft.

Österreich - In Österreich wird derzeit die Verlängerung des Grundwehrdienstes geprüft, ein Thema, das seit längerem von Experten gefordert wird. Eine Kommission des Bundesheers unter dem Vorsitz von Milizbeauftragtem Erwin Hameseder hat das Ziel, die gegenwärtige Dauer von sechs Monaten zu überdenken. Im Ö1-„Mittagsjournal“ äußerte Hameseder, dass die Verkürzung der Militärdienstzeit durch die Abschaffung der verpflichtenden Milizübungen im Jahr 2006 ein „gravierender Fehler“ war. Er betonte die Notwendigkeit, auf die sich verändernden geopolitischen Bedingungen zu reagieren, um die Verteidigungsfähigkeit Österreichs zu gewährleisten. Der Bericht der Kommission soll bis Herbst 2025 vorliegen, wie auf der Website von **oe24.at** berichtet wird.

Änderungen und Widerstand

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) schloss in einem Interview mit dem **Kurier** eine Reform nicht aus. Tanner bezeichnete die sechs Monate als „wirklich sehr kurz“ und unterstrich die Notwendigkeit, die Einsatzbereitschaft und Übungsmöglichkeiten der Streitkräfte zu verbessern. Während einige Experten das sogenannte „6 plus 2“-Modell für notwendig halten – das bisher 6 Monate Grundwehrdienst und zwei Monate verpflichtende Milizübungen vorsah – haben die Grünen, vertreten durch Wehrsprecher David Stögmüller, bereits

Widerstand gegen eine Verlängerung angekündigt. Für die Grünen ist eine Ausweitung des Dienstes nicht verhandelbar.

Angesichts der geopolitischen Lage und der Ukraine-Krise betont auch Generalstabschef Robert Brieger, dass eine regelmäßige Übung der Soldaten unerlässlich sei, um im Ernstfall gewappnet zu sein. Tanner hielt fest, dass alle Optionen, einschließlich der Steigerung des Verteidigungsbudgets und neuer Übungsmethoden, auf den Tisch gelegt werden müssen. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie die Koalitionspartner auf die Vorschläge reagieren werden, da eine Veränderung des Grundwehrdienstes potenziell unpopulär unter männlichen Wählern sein könnte.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• **www.oe24.at** • **kurier.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at